

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Ulla Jelpke, Karin Binder, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/5201 –**

Geplante Regelungen zum Familiennachzug und Vermutungen zu „Scheinehen“, „Scheinlebenspartnerschaften“, „Zweckadoptionen“ und Zwangsverheiratungen

Vorbemerkung der Fragesteller

Die vom Kabinett am 28. März 2007 beschlossene Novelle des Zuwanderungsgesetzes sieht umfangreiche Verschärfungen und Beschränkungen beim Familiennachzug zu Drittstaatsangehörigen und deutschen Staatsbürgern vor. Die umzusetzende EU-Richtlinie zur Familienzusammenführung (Richtlinie 2003/86/EG) verpflichtet die Bundesrepublik Deutschland jedoch nicht, den Familiennachzug zu verschärfen. Die Gesetzesänderungen stehen in keinem bzw. nur bruchstückhaftem Zusammenhang mit der Richtlinie. Verschiedene Organisationen werfen der Bundesregierung vor, die geplanten Änderungen seien teilweise verfassungswidrig bzw. -bedenklich bzw. stünden nicht im Einklang mit der Richtlinie zur Familienzusammenführung (vgl. Stellungnahme Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V. vom 5. März 2007; Presseerklärung Pro Asyl vom 23. Februar 2007).

1. Auf welcher statistischen Grundlage betreffend den Familiennachzug infolge von sog. Zweckehen, Zweckadoptionen und Zwangsverheiratungen beruhen die geplanten Verschärfungen des Familiennachzugs?

Aus den Reihen der Praktiker wird immer wieder auf die erhebliche Bedeutung der Scheinehen- bzw. -adoptionenproblematik hingewiesen (vgl. z. B. Bericht des Bundesministeriums des Innern zur Evaluierung des Gesetzes zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern [Zuwanderungsgesetz], Juli 2006, S. 110 Fn. 169, www.bmi.bund.de). Zur statistischen Grundlage hinsichtlich des Phänomens „Zwangsverheiratung“ wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 1 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (Bundestagsdrucksache 16/412) verwiesen.

2. Wie viele Visa zur Familienzusammenführung (für Ehen und Lebenspartnerschaften den Nachzug bitte getrennt angeben) wurden in den Jahren 1997 bis heute
 - a) beantragt,
 - b) abgelehnt,
 - c) erteilt

Die Zahl der Visaerteilungen der deutschen Auslandsvertretungen zum Zweck des Nachzugs von Ehegatten bzw. Lebenspartner ist in den Anlagen 1 bis 10 für die Jahre 1998 bis 2006 ausgewiesen, jeweils für die 15 Herkunftsländer mit der höchsten Erteilungszahl einschließlich mindestens fünf afrikanischer Herkunftsländer und gesondert nach Geschlecht der Zuziehenden. Die Angaben werden in aufgeschlüsselter Form seit dem Jahr 1998 erhoben, Angaben zum Jahr 1997 sind daher nicht möglich. Eine getrennte Erfassung nach der Staatsangehörigkeit der Antragsteller in den jeweiligen Herkunftsländern durch die zur Visumerteilung jeweils zuständige Auslandsvertretung findet nicht statt. Es ist davon auszugehen, dass der weit überwiegende Teil der Antragsteller die Staatsangehörigkeit des Staates besitzt, in dem das jeweilige Visum erteilt wurde.

Eine Erfassung der erteilten Visa getrennt nach dem Zuzug von Ehegatten und von Lebenspartnern findet nicht statt, ebenso wenig wie eine gesonderte Erfassung der beantragten und der nicht erteilten Visa zum Zuzug von Ehegatten bzw. Lebenspartnern.

- und wie viele davon führten
- d) zur tatsächlichen Einreise,

Es liegen keine statistischen Angaben darüber vor, in wie vielen Fällen Visa zur Familienzusammenführung tatsächlich zur Einreise führten, da das Ausländerzentralregister Einreisen nicht erfasst.

- e) zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis in Deutschland
(bitte jeweils Zahlen differenziert nach Geschlecht des Antragstellers sowie zu den 15 stärksten Herkunftsländern und mindestens fünf afrikanischen Ländern angeben)?

Der Datenbestand des Ausländerzentralregisters ist einer historisierenden Auswertung nur bedingt in Relation zu den sich ändernden gesetzlich festgelegten Speichersachverhalten zugänglich. Hierzu verweise ich auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (Bundestagsdrucksache 16/5176). Die als Anlage 11 bis 14 beigelegten Tabellen bilden den Datenbestand aus dem Jahre 2006 und einen Teildatensatz für den Monat April 2007 hinsichtlich der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen aus familiären Gründen ab. Die Gesamtzahlen sind in den Anlagen 11 und 13 – auch nach Geschlecht differenziert – abgebildet. Die Angaben zu den Herkunftsländern sind in den Anlagen 12 und 14 dargestellt. Die Sortierung orientiert sich an der Erteilungsanzahl der jeweiligen Länder.

3. Welche Gründe waren für die Ablehnungen in den Fällen der Frage 2 maßgeblich?

In wie vielen Fällen erfolgte eine Ablehnung insbesondere wegen

- a) des Verdachts einer sog. Zweckehe/Zwecklebenspartnerschaft (bitte getrennt angeben),
- b) ungenügenden Einkommens(-nachweisen),
- c) des Verdachts einer Zwangsheirat,
- d) des Verdachts einer sog. Zweckadoption

(bitte jeweils Zahlen differenziert nach Geschlecht des Antragstellers sowie zu den 15 stärksten Herkunftsländern und mindestens fünf afrikanischen Ländern angeben)?

Die Bundesregierung führt im Bereich der Visumversagungen keine gesonderte Statistik über die in der Frage genannten Ablehnungsgründe.

4. In wie vielen Fällen wurde eine Aufenthaltserlaubnis nach den §§ 27 bis 30, 32 und 36 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) seit 1997 jährlich erteilt bzw. abgelehnt?

In wie vielen Fällen erfolgte eine Ablehnung insbesondere wegen

- a) des Verdachts einer sog. Zweckehe/Zwecklebenspartnerschaft (bitte getrennt angeben),
- b) ungenügenden Einkommens(-nachweisen),
- c) des Verdachts einer Zwangsverheiratung,
- d) des Verdachts einer sog. Zweckadoption

(bitte jeweils Zahlen differenziert nach Geschlecht des Antragstellers sowie zu den 15 stärksten Herkunftsländern und mindestens fünf afrikanischen Ländern angeben)?

Zur jährlichen Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen wird auf die Antwort zu Frage 2e verwiesen. Zur Ablehnung von Aufenthaltserlaubnissen begrenzt auf den nachgefragten Bereich und deren Begründung liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

5. In wie vielen Fällen vermuteter sog. Zweckehen/-partnerschaften bzw. Zwangsheiraten wurden Strafverfahren gegen die ausländischen bzw. deutschen Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen und Ehe- bzw. Lebenspartner mit welchen Ergebnissen seit 1997 jährlich eingeleitet?

Der Bundesregierung liegen derzeit entsprechende statistische Angaben nicht vor, da die aktuelle Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) diese Straftaten nicht gesondert ausweist. Statistische Angaben zu dem Straftatbestand „Zwangsverheiratung“ werden erst im Zusammenhang mit der Realisierung von PKS-neu im Rahmen von INPOL-A (INPOL-Analyse) erhoben, womit im ersten Ausbauschnitt frühestens zum 1. Januar 2008 zu rechnen ist.

In den insoweit einschlägigen Statistiken der Rechtspflege (Erhebung von statistischen Daten bei den Staats- und Anwaltschaften [StA-Statistik], Erhebung von statistischen Daten in Straf- und Bußgeldverfahren [StP/OWi-Statistik], Strafverfolgungsstatistik), werden entsprechende Angaben ebenfalls nicht gesondert erfasst.

Zur Zahl der Strafverfahren wegen Zwangsverheiratung (§ 240 Abs. 4 Satz 2 Nr. 1 2. Alt. StGB) führte das Bundesministerium der Justiz im Jahre 2006 eine Umfrage bei den Landesjustizverwaltungen durch, die Folgendes ergab:

Sieben Länder teilten keine Ermittlungsverfahren mit, da derartige Verfahren dort nicht anhängig seien oder solche Ermittlungsverfahren in den vorhandenen Registern nicht abgefragt werden könnten.

Zwei weitere Länder teilten ebenfalls mit, keine Verfahren nach § 240 Abs. 4 Satz 2 Nr. 1 StGB geführt zu haben, wobei diese jedoch ergänzend über Erfahrungen aus der Vergangenheit oder am Rande von Ermittlungsverfahren in anderer Sache berichteten.

Vier Länder meldeten jeweils ein Ermittlungsverfahren, wobei zwei Verfahren bereits eingestellt worden seien und zumindest in einem Fall unter anderem wegen einer durch Drohung erzwungenen Zwangsheirat Anklage erhoben worden sei.

Von mehr als einem Verfahren berichteten lediglich drei Bundesländer (insgesamt neun Verfahren), so dass die Länderumfrage daher weniger als zwanzig Ermittlungsverfahren bundesweit ergab, in denen eine Zwangsverheiratung zumindest am Rande eine Rolle spielte, wobei hiervon etliche Verfahren bereits eingestellt waren.

Die Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wurde von den Ergebnissen der Umfrage mit Schreiben von Herrn Staatssekretär Diwell vom 15. Juni 2006 in Kenntnis gesetzt.

6. Wie viele Klagen gegen versagte Visa zur Familienzusammenführung bzw. gegen versagte Aufenthaltserlaubnisse wurden seit 1997 jährlich mit welchem Ergebnis eingelegt?

Die Zahl der in den Jahren 1999 bis 2006 gegen Visumversagungen der Auslandsvertretungen erhobenen verwaltungsgerichtlichen Klagen auf Familiennachzug und deren prozessuales Ergebnis ist in Anlage 15 ausgewiesen. Die statistische Erfassung erfolgt seit dem 1. Februar 1999.

Erkenntnisse zur Anzahl der gegen die Versagung von Aufenthaltserlaubnissen gerichteten Klagen liegen der Bundesregierung nicht vor.

7. Wie viele der Personen, die seit 1997 über den Nachzug zu Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen und Ehe- bzw. Lebenspartnern nach Deutschland eingereist sind, waren
 - a) unter 18 Jahre,
 - b) über 18 Jahre(bitte getrennt nach Geschlecht und Jahren angeben)?

Auf den Zeitpunkt der Einreise bezogen liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor. Zum Stichtag 31. Dezember 2006 sind die Daten der Anlage 16 zu entnehmen.

8. Welche Auswirkungen wird die geplante Neuregelung des § 27 AufenthG-E nach Ansicht der Bundesregierung auf den Familiennachzug bzw. die Prüfungspraxis der Behörden haben?

Nach Ansicht der Bundesregierung wird die ausdrückliche Normierung eines Ausschlussgrundes einerseits das Unrechtsbewusstsein bei den Betroffenen schärfen und andererseits dazu führen, dass dieser Ausschlussgrund von den

Rechtsanwendern noch sorgfältiger geprüft wird. Die Vorschrift hat damit auch Signalfunktion.

- a) Wird mit § 27 Abs. 1a Nr. 1 AufenthG-E die Beweispflicht der Ausländerbehörden für den Nachweis einer vorliegenden sog. Zweckehe gegenüber der bisherigen Rechtslage und Entscheidungspraxis erhöht oder verringert (bitte begründen)?

Die Beweislast der Ausländerbehörden wird durch die Vorschrift weder erhöht noch verringert, da bereits nach geltender Rechtslage nicht die Ausländerbehörde, sondern der Antragsteller für seine Absicht, eine eheliche Lebensgemeinschaft aufzunehmen, materiell beweisbelastet ist. Dies ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden (vgl. BVerfG, Beschluss vom 5. Mai 2003, 2 BvR 2042/02). An dieser Beweislastverteilung ändert die Neuregelung nichts. Nach der Gesetzesbegründung soll durch die Normierung eines ausdrücklichen Ausschlussgrundes für den Familiennachzug der Anreiz, Scheinehen zu schließen, entfallen (Bundestagsdrucksache 16/5065, Begründung zu Nummer 19). Dieses gesetzgeberische Ziel würde ins Gegenteil verkehrt, wenn die Vorschrift die Beweislastverteilung zulasten der Ausländerbehörde ändern würde.

- b) Werden Überprüfungspraktiken wie getrennte Vernehmungen der Eheleute/Lebenspartnerinnen bzw. Lebenspartner zu den Umständen des Kennenlernens, des Zusammenlebens usw. bzw. Befragungen von Nachbarinnen und Nachbarn und Wohnungsbesichtigungen bei Aufenthaltserteilungen an binationale Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen und Ehe- bzw. Lebenspartner nach der Neuregelung verboten sein, solange nicht feststeht, dass ausschließlich eine sog. Zweckehe bzw. -partnerschaft vorliegt, oder wird es aufgrund der neuen Rechtsgrundlage verstärkt zu solchen Überprüfungspraktiken kommen (bitte begründen)?

Nein. Zur Begründung wird auf die Antwort zu Frage 8a verwiesen.

- c) Wie müssen (beispielhaft) tatsächliche Anhaltspunkte beschaffen sein, die den Anforderungen des § 27 Abs. 1a Nr. 2 AufenthG-E an die begründete Annahme einer Zwangsehe entsprechen?

Durch das Erfordernis „tatsächlicher Anhaltspunkte“ für die Annahme einer Zwangsverheiratung wird klargestellt, dass im aufenthaltsrechtlichen Verfahren keine Prüfung dieses Versagungsgrundes aufgrund bloßer Vermutungen oder Hypothesen, etwa anhand von arrangierten Eheschließungen in einem Herkunftsland, durchgeführt werden soll, sondern nur, wenn tatsächliche Anhaltspunkte im Einzelfall auf eine derartige Annahme hindeuten. An der Beweislastverteilung ändert die Neuregelung nichts. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 8a verwiesen.

- d) Wie wirkt sich der Umstand, „dass eine scharfe Trennung zwischen Zwangsverheiratungen und arrangierter Ehe nicht möglich ist“ (Begründung zu § 30 AufenthG-E), auf die Prüfungsmaßstäbe nach § 27 Abs. 1a Nr. 2 AufenthG-E aus?

Wie in der Antwort zu Frage 8a ausgeführt, liegt die materielle Beweislast des non-liquet beim Antragsteller. Danach geht eine trotz aller Ermittlungsbemühungen ggf. verbleibende Unerweislichkeit von Tatsachen zu Lasten des Antragstellers.

9. Spielt die Zugehörigkeit zum islamischen Glauben bzw. die Herkunft aus einem islamisch geprägten Land bei der Beurteilung der Frage, ob nach § 30 Abs. 1 Satz 3 Nr. 3 AufenthG-E ein „erkennbar geringer Integrationsbedarf“ vorliegt bzw. ob ausländische Staatsangehörige sich ohne staatliche Hilfe in das wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Leben integrieren können, eine Rolle, und wenn ja, welche?

Allein die Zugehörigkeit zum islamischen Glauben bzw. die Herkunft aus einem islamischen geprägten Land spielt bei der Beurteilung nach § 30 Abs. 1 Satz 3 Nr. 3 AufenthG-E keine Rolle.

10. Ist der pauschale Verzicht auf den Nachweis von Sprachkenntnissen im Rahmen des Ehegattennachzugs nach § 30 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 AufenthG-E, d. h. bei Staatsangehörigen bestimmter Länder wie der USA, Australiens, Kanadas, Japans, der Republik Korea, Neuseelands und Israels, mit dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit vereinbar bzw. warum wird pauschal davon ausgegangen, dass (alle) Staatsangehörigen dieser Länder sich leichter integrieren als (alle) Staatsangehörigen der anderen Länder und deshalb der Nachweis bereits vorhandener Sprachkenntnisse entgegen des Regelsatzes verzichtbar sei (bitte begründen)?

Der Verzicht auf den Nachweis von Sprachkenntnissen im Rahmen des Ehegattennachzugs nach § 30 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 AufenthG-E bei Staatsangehörigen bestimmter Länder ist mit Artikel 3 GG vereinbar. Die Differenzierung nach der Staatsangehörigkeit wird von keinem der Kriterien des Artikels 3 Abs. 3 GG erfasst (BVerfGE 51, 1 [30], 90, 27 [37], BVerwGE 67, 177 [183], 80, 233 [243]). Die unterschiedliche Behandlung ist demnach allein am allgemeinen Gleichheitsgrundsatz aus Artikel 3 Abs. 1 GG zu messen. Eine Norm ist mit Artikel 3 Abs. 1 GG unvereinbar, wenn eine Personengruppe im Vergleich zu einer anderen schlechter gestellt wird, ohne dass zwischen beiden Gruppen Unterschiede von solcher Art und solchem Gewicht bestehen, dass sie die Schlechterstellung rechtfertigen könnten (vgl. BVerfGE 71, 39 [58 ff]; 71, 146 [154 f]; 76, 256 [329 f]; 102, 41 [54]). Der Verzicht auf den Nachweis von Sprachkenntnissen bei bestimmten Staatsangehörigen knüpft an bestehende Privilegierungen aufgrund besonderer enger wirtschaftlicher Beziehungen an, die Deutschland zu den jeweiligen Staaten pflegt. Die Privilegierung ist dadurch gerechtfertigt, dass der Zuzug der Angehörigen dieser Staaten im besonderen migrationspolitischen Interesse Deutschlands liegt.

11. Wie ist die bisherige Rechtsprechung des Bundesverwaltungs- bzw. -verfassungsgerichts zum Ehegattennachzug zu Deutschen und der Zulässigkeit seiner bei nicht gesichertem Lebensunterhalt (Sozialhilfebezug), und mit welchen Gründen rechtfertigt die Bundesregierung gegebenenfalls ein Abweichen von dieser Rechtsprechung?

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts ergibt sich aus Artikel 6 Abs. 1 GG kein direkter Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung des nachzugwilligen Ehepartners, wohl aber die Pflicht der staatlichen Institutionen, die ehelichen und familiären Bindungen des Betroffenen an in Deutschland lebende Personen angemessen zu berücksichtigen (BVerfGE 76, 1 [41]).

Die Neufassung von § 28 Abs. 1 Satz 2 AufenthG erlaubt es nur bei Vorliegen besonderer Umstände, den Ehegattennachzug von der Sicherung des Lebensunterhalts abhängig zu machen. Besondere Umstände in diesem Sinn sind solche, die es den betroffenen Personen zumutbar machen, die eheliche Lebens-

gemeinschaft im Ausland zu führen. Grundsätzlich bleibt es demnach bei dem privilegierten Ehegattennachzug. Der Ehegattennachzug kann in solchen Fällen, in denen das grundsätzlich geschützte Interesse an einem ehelichen Zusammenleben in Deutschland geringer zu bewerten ist, von der Sicherung des Lebensunterhalts abhängig gemacht werden.

Es verbleibt demnach im Einzelfall ausreichend Raum, für die von Artikel 6 Abs. 1 GG allein geforderte Berücksichtigung des Interesses an einem ehelichen Zusammenleben in Deutschland. Die Neuregelung weicht nicht von der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundesverfassungsgerichts ab.

12. Sieht die Bundesregierung die Gefahr einer deutschen Staatsangehörigkeit mit minderen Rechten, wenn nur bestimmten Deutschen (nämlich Eingebürgerten mit doppelter Staatsangehörigkeit) das Recht auf ein gemeinsames Eheleben massiv beschränkt wird (vgl. § 28 Abs. 1 AufenthG-E i. V. m. der entsprechenden Begründung des Gesetzentwurfs), falls die dauerhafte Lebensunterhaltssicherung ohne öffentliche Hilfe nicht nachgewiesen werden kann?

Nein

Statistik Ehegattennachzug Erteilte Visa 1998 - 2006

Anlage 1

Berlin, 8. Mai 2007

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
ausl. Ehefrau zu dt. Ehemann	13.039	16.246	18.863	20.766	20.325	20.539	20.455	14.969	14.075
ausl. Ehemann zu dt. Ehefrau	8.009	9.865	11.747	13.041	13.923	12.683	10.966	8.811	8.622
ausl. Ehefrau zu ausl. Ehemann	19.257	20.036	19.893	21.491	21.609	18.412	14.692	13.085	13.176
ausl. Ehemann zu ausl. Ehefrau	7.984	7.711	7.686	7.780	8.164	6.535	5.439	4.068	3.712
Gesamt	48.289	53.858	58.189	63.078	64.021	58.169	51.552	40.933	39.585

Familienzusammenführung erteilte Visa 1998

Berlin, 9. Mai 2007

Land	ausl. Ehefrau zu dt. Ehemann	ausl. Ehemann zu dt. Ehefrau	ausl. Ehefrau zu ausl. Ehemann	ausl. Ehemann zu dt. Ehefrau	Summe
Türkei	610	1614	9087	5220	16531
Marokko	532	743	890	589	2754
Russ. Föderation	1641	621	308	50	2620
Kasachstan	912	621	232	164	1929
Rumänien	1151	274	109	30	1564
Serbien	169	241	745	236	1391
Bosnien Herzegowina	177	199	431	276	1083
Mazedonien	55	271	517	195	1038
Thailand	853	4	7	6	870
Polen	427	99	307	32	865
Japan	17	0	816	2	835
Philippinen	782	16	19	14	831
Kroatien	57	46	359	226	688
Sri Lanka	79	20	560	7	666
Tunesien	95	424	111	25	655
Nigeria	43	451	33	15	542
Ghana	136	153	193	57	539
Senegal	40	189	25	5	259

afrikanische Länder

Familienzusammenführung erteilte Visa 1999

Berlin, 9. Mai 2007

Anlage 3

Drucksache 16/5498

- 10 -

Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode

Land	ausl. Ehefrau zu dt. Ehemann	ausl. Ehemann zu dt. Ehefrau	ausl. Ehefrau zu ausl. Ehemann	ausl. Ehemann zu dt. Ehefrau	Summe
Türkei	892	2287	8650	4883	16712
Russ. Föderation	2198	1025	327	137	3687
Marokko	580	824	684	345	2433
Thailand	1895	4	24	5	1928
Kasachstan	1097	633	114	71	1915
Rumänien	1311	316	188	38	1853
Bosnien Herzegowina	269	275	495	334	1373
Polen	469	103	291	42	905
Mazedonien	89	275	739	245	1348
Pakistan	237	119	501	41	898
Vietnam	227	26	509	104	866
Japan	18	2	741	100	861
Philippinen	763	16	25	6	810
Tunesien	100	558	85	23	766
Kroatien	44	45	473	190	752
Nigeria	43	441	38	18	540
Ghana	130	133	165	61	489
Ägypten	309	2	4	0	315

afrikanische Länder

Familienzusammenführung erteilte Visa 2000

Berlin, 9. Mai 2007

Land	ausl. Ehefrau zu dt. Ehemann	ausl. Ehemann zu dt. Ehefrau	ausl. Ehefrau zu ausl. Ehemann	ausl. Ehemann zu dt. Ehefrau	Summe
Türkei	1374	2505	8102	4841	16822
Russ. Föderation	2507	1005	279	84	3875
Marokko	767	1099	746	288	2900
Mazedonien	120	868	995	401	2384
Rumänien	1475	300	190	45	2010
Kasachstan	1198	762	1	1	1962
Thailand	1843	8	15	6	1872
Bosnien Herzegowina	306	352	615	404	1677
Polen	561	156	320	32	1069
Serbien	147	127	453	194	921
Japan	27	101	787	4	919
Tunesien	157	588	78	31	854
Pakistan	270	117	406	33	826
Indien	142	162	471	44	819
Vietnam	274	25	414	83	796
Nigeria	80	407	57	20	564
Ghana	145	150	165	67	527
Ägypten	427	4	2	0	433

afrikanische Länder

Familienzusammenführung erteilte Visa 2001

Berlin, 9. Mai 2007

Anlage 5

Drucksache 16/5498

- 12 -

Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode

Land	ausl. Ehefrau zu dt. Ehemann	ausl. Ehemann zu dt. Ehefrau	ausl. Ehefrau zu ausl. Ehemann	ausl. Ehemann zu dt. Ehefrau	Summe
Türkei	1501	3383	8649	4898	18431
Russ. Föderation	2746	1387	957	472	5562
Marokko	1038	1114	800	230	3182
Rumänien	1559	321	279	39	2198
Thailand	2136	10	30	6	2182
Mazedonien	115	609	868	370	1962
Kasachstan	1232	708	3	1	1944
Bosnien Herzegowina	323	317	624	374	1638
Serbien	174	205	613	274	1266
Polen	541	183	462	52	1238
Albanien	85	620	340	126	1171
Indien	248	159	699	26	1132
Vietnam	466	58	464	125	1113
Pakistan	369	174	447	44	1034
Tunesien	141	746	109	29	1025
Ghana	150	152	216	81	599
Ägypten	510	14	17	11	552
Nigeria	87	276	89	16	468

afrikanische Länder

Familienzusammenführung erteilte Visa 2002

Berlin, 9. Mai 2007

Land	ausl. Ehefrau zu dt. Ehemann	ausl. Ehemann zu dt. Ehefrau	ausl. Ehefrau zu ausl. Ehemann	ausl. Ehemann zu dt. Ehefrau	Summe
Türkei	1999	4247	8335	4849	19430
Russ. Föderation	2846	1341	374	139	4700
Mazedonien	206	827	2074	390	3497
Marokko	1063	1117	816	285	3281
Thailand	2171	12	52	7	2242
Kasachstan	1005	667	74	63	1809
Serbien	268	407	717	354	1746
Bosnien Herzegowina	271	349	641	402	1663
Polen	635	175	425	73	1308
Indien	236	120	701	33	1090
Rumänien	714	154	143	38	1049
Iran	231	91	532	192	1046
Tunesien	174	688	110	18	990
Vietnam	425	57	350	132	964
Albanien	87	312	336	87	822
Ägypten	106	260	150	26	542
Ghana	157	94	181	88	520
Nigeria	80	197	70	17	364

afrikanische Länder

Familienzusammenführung erteilte Visa 2003

Berlin, 9. Mai 2007

Anlage 7

Drucksache 16/5498

- 14 -

Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode

Land	ausl. Ehefrau zu dt. Ehemann	ausl. Ehemann zu dt. Ehefrau	ausl. Ehefrau zu ausl. Ehemann	ausl. Ehemann zu dt. Ehefrau	Summe
Türkei	2928	4230	7075	3539	17772
Russ. Föderation	2724	1094	329	92	4239
Thailand	2023	939	31	25	3018
Marokko	747	661	442	132	1982
Mazedonien	107	410	996	268	1781
Serbien	247	329	710	332	1618
Tschechische Republik	1199	69	198	59	1525
Bosnien Herzegowina	258	224	587	350	1419
Polen	651	192	380	68	1291
Indien	299	145	713	64	1221
Pakistan	437	198	421	39	1095
Tunesien	225	594	103	33	955
Ukraine	493	171	182	58	904
Iran	342	76	422	62	902
Rumänien	546	112	188	46	892
Ägypten	73	252	134	23	482
Ghana	134	90	163	47	434
Nigeria	92	167	86	6	351

afrikanische Länder

Familienzusammenführung erteilte Visa 2004

Berlin, 9. Mai 2007

Land	ausl. Ehefrau zu dt. Ehemann	ausl. Ehemann zu dt. Ehefrau	ausl. Ehefrau zu ausl. Ehemann	ausl. Ehemann zu dt. Ehefrau	Summe
Türkei	2217	4226	5741	2619	14803
Russ. Föderation	2767	1081	300	61	4209
Thailand	2825	20	48	10	2903
Kosovo	2649	3	17	95	2764
Marokko	701	613	395	99	1808
Serbien	255	365	690	367	1677
Bosnien Herzegowina	244	279	643	375	1541
Kasachstan	600	348	292	299	1539
Indien	221	85	935	23	1264
Ukraine	721	167	186	61	1135
Tunesien	242	638	104	26	1010
Mazedonien	98	239	477	193	1007
Pakistan	384	180	344	39	947
Vietnam	337	65	299	190	891
Rumänien	474	88	217	52	831
Ägypten	122	251	175	23	571
Ghana	125	59	123	53	360
Nigeria	59	103	37	10	209

afrikanische Länder

Familienzusammenführung erteilte Visa 2005

Berlin, 9. Mai 2007

Anlage 9

Drucksache 16/5498

- 16 -

Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode

Land	ausl. Ehefrau zu dt. Ehemann	ausl. Ehemann zu dt. Ehefrau	ausl. Ehefrau zu ausl. Ehemann	ausl. Ehemann zu dt. Ehefrau	Summe
Türkei	1953	3184	5186	2000	12323
Russ. Föderation	2314	855	244	35	3448
Thailand	2437	5	23	9	2474
Marokko	669	530	365	73	1637
Serbien	174	237	716	317	1444
Kasachstan	624	468	144	130	1366
Bosnien Herzegowina	202	192	641	317	1352
Indien	184	67	745	21	1017
Ukraine	602	151	167	44	964
Mazedonien	80	162	556	154	952
Tunesien	240	536	123	23	922
Vietnam	349	42	240	154	785
Iran	323	72	316	37	748
Libanon	233	316	121	27	697
Pakistan	233	135	284	39	691
Ägypten	96	190	109	6	401
Nigeria	87	135	64	5	291
Ghana	78	43	70	27	218

afrikanische Länder

Familienzusammenführung erteilte Visa 2006

Berlin, 9. Mai 2007

Land	ausl. Ehefrau zu dt. Ehemann	ausl. Ehemann zu dt. Ehefrau	ausl. Ehefrau zu ausl. Ehemann	ausl. Ehemann zu dt. Ehefrau	Summe
Türkei	1782	2774	4123	1529	10208
Russ. Föderation	2194	891	269	50	3404
Kosovo	346	464	2014	323	3147
Thailand	2146	12	31	7	2196
Marokko	700	549	265	78	1592
Serbien	146	200	634	249	1229
Bosnien Herzegowina	158	160	580	285	1183
Indien	143	68	769	27	1007
Kasachstan	504	436	30	22	992
Tunesien	254	486	112	32	884
Ukraine	478	136	141	46	801
Vietnam	286	47	295	145	773
China	280	23	379	79	761
Pakistan	182	111	219	32	544
Philippinen	471	22	29	4	526
Ägypten	87	262	155	19	523
Nigeria	113	139	83	12	347
Ghana	59	44	47	18	168

afrikanische Länder

Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen, Erstellungsdatum 2007
Datenbankstand 30.04.2007

Staatsangehörigkeit	Geschlecht																			
GESAMT	männlich	18016	nach § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Ehegatte) erteilt, befristet																	
GESAMT	unbekannt	64																		
GESAMT	weiblich	23724	nach § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Kinder) erteilt, befristet																	
Gesamtergebnis		41804																		
		1515	nach § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Satz 2 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Eltern) erteilt, befristet																	
		3690																		
		7304	nach § 28 Abs. 4 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Sonstige) erteilt, befristet																	
		3																		
		10997	nach § 30 AufenthG (Ehegattennachzug) erteilt, befristet																	
		57																		
		96																		
		155																		
		5098	nach § 32 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG (Kindesnachzug zu Asylberechtigten) erteilt, befristet																	
		40																		
		20514	nach § 32 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG (Kindesnachzug im Familienverband) erteilt, befristet																	
		25652																		
		1146	nach § 32 Abs. 2 AufenthG (Kindesnachzug ueber 16 Jahren) erteilt, befristet																	
		4																		
		1028	nach § 32 Abs. 3 AufenthG (Kindesnachzug unter 16 Jahren) erteilt, befristet																	
		2178																		
		3202	nach § 32 Abs. 4 AufenthG (Kindesnachzug im Haerterfall) erteilt, befristet																	
		13																		
		3103	nach § 33 AufenthG (Geburt im Bundesgebiet) erteilt, befristet																	
		6318																		
		611	nach § 36 Abs. 2 AufenthG (sonst. Familienangehoerige) erteilt, befristet																	
		3																		
		542																		
		1156																		
		5984																		
		15																		
		5675																		
		11674																		
		347																		
		1																		
		335																		
		683																		
		10387																		
		40																		
		9757																		
		20184																		
		230																		
		1																		
		429																		
		660																		
		50283																		
		192																		
		74339																		
		124814																		
		50283	Gesamtergebnis																	

Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen, Erteilungsdatum 2007
Datenbankstand 30.04.2007

Staatsangehörigkeit	Geschlecht	nach § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Ehegatte) ert	nach § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Kinder) erteilt	nach § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Satz 2 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Eltern)	nach § 28 Abs. 4 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Sonstige) erteilt, befristet	nach § 30 AufenthG (Ehegattennachzug) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG (Kindesnachzug zu Asylberechtigten) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG (Kindesnachzug im Familienverband) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 2 AufenthG (Kindesnachzug ueber 16 Jahren) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 3 AufenthG (Kindesnachzug unter 16 Jahren) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 4 AufenthG (Kindesnachzug im Haerterfall) erteilt, befristet	nach § 33 AufenthG (Geburt im Bundesgebiet) erteilt, befristet	nach § 36 Abs. 2 AufenthG (sonst. Familienangehoerige) erteilt, befristet	Gesamtergebnis
Türkei	männlich	4514	347	924	13	2199	348	569	220	1476	56	5018	37	15721
Türkei	weiblich	3026	508	2035	13	8490	295	529	169	1346	53	4579	83	21126
Türkei	unbekannt	3	1			16		4		2		13		39
Türkei	Gesamt	7543	856	2959	26	10705	643	1102	389	2824	109	9610	120	36886
Russische Föderation	männlich	2225	188	102	12	66	30	209	30	276	19	163	12	3332
Russische Föderation	weiblich	3951	225	338	15	393	31	202	33	262	12	145	38	5645
Russische Föderation	unbekannt	15			1	3		2		1		1		23
Russische Föderation	Gesamt	6191	413	440	28	462	61	413	63	539	31	309	50	9000
Serbien und Montenegro	männlich	623	69	194	2	317	38	214	60	547	26	576	26	2692
Serbien und Montenegro	weiblich	505	83	409	2	1354	27	206	43	540	36	623	33	3861
Serbien und Montenegro	unbekannt		1			2		1		1		1		6
Serbien und Montenegro	Gesamt	1128	153	603	4	1673	66	420	103	1088	62	1200	59	6559
Serbien	männlich	304	43	75	2	218	22	145	12	303	16	430	8	1578
Serbien	weiblich	278	46	200	2	932	15	122	19	262	15	435	9	2335
Serbien	unbekannt	1				3						1		5
Serbien	Gesamt	583	89	275	4	1153	37	267	31	565	31	866	17	3918
Bosnien und Herzegowina	männlich	285	22	83	1	300	7	120	30	282	25	433	11	1599
Bosnien und Herzegowina	weiblich	251	19	205	5	760	9	122	31	260	20	392	15	2089
Bosnien und Herzegowina	Gesamt	536	41	288	6	1060	16	242	61	542	45	825	26	3688
Vietnam	männlich	123	18	101	1	280	16	101	19	273	9	414	12	1367
Vietnam	weiblich	453	46	448	1	441	12	119	23	275	10	412	20	2260
Vietnam	unbekannt	1								1				2
Vietnam	Gesamt	577	64	549	2	721	28	220	42	549	19	826	32	3629

Anlage 12

Staatsangehörigkeit	Geschlecht	nach § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Ehegatte) ert	nach § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Kinder) erteilt	nach § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Satz 2 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Eltern	nach § 28 Abs. 4 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Sonstige) erteilt, befristet	nach § 30 AufenthG (Ehegattennachzug) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG (Kindesnachzug zu Asylberechtigten) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG (Kindesnachzug im Familienverband) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 2 AufenthG (Kindesnachzug ueber 16 Jahren) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 3 AufenthG (Kindesnachzug unter 16 Jahren) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 4 AufenthG (Kindesnachzug im Haerterfall) erteilt, befristet	nach § 33 AufenthG (Geburt im Bundesgebiet) erteilt, befristet	nach § 36 Abs. 2 AufenthG (sonst. Familienangehoerige) erteilt, befristet	Gesamtergebnis
Kasachstan	männlich	1316	134	57	4	9		36	5	74	1	19	8	1663
Kasachstan	weiblich	1430	125	147	7	24	1	30	8	74	2	27	26	1901
Kasachstan	unbekannt	2	1											3
Kasachstan	Gesamt	2748	260	204	11	33	1	66	13	148	3	46	34	3567
Ukraine	männlich	333	26	26	1	75	4	105	20	163	6	146	7	912
Ukraine	weiblich	1280	34	134	6	268	8	104	16	153	15	120	11	2149
Ukraine	unbekannt	3						1	1					5
Ukraine	Gesamt	1616	60	160	7	343	12	210	37	316	21	266	18	3066
Irak	männlich	291	41	156		54	252	58	4	146	7	403	2	1414
Irak	weiblich	313	29	71		400	220	41	10	142	7	344	10	1587
Irak	unbekannt	1											2	3
Irak	Gesamt	605	70	227		454	472	99	14	288	14	749	12	3004
Marokko	männlich	919	27	76	2	91	3	19	6	41	2	130	3	1319
Marokko	weiblich	710	32	202	4	383	2	15	6	47	1	135	6	1543
Marokko	unbekannt	1												1
Marokko	Gesamt	1630	59	278	6	474	5	34	12	88	3	265	9	2863
Jugoslawien	männlich	386	32	92	1	201	13	108	19	188	15	174	10	1239
Jugoslawien	weiblich	232	40	191		546	14	104	15	190	14	197	13	1556
Jugoslawien	unbekannt			1		4				2				7
Jugoslawien	Gesamt	618	72	284	1	751	27	212	34	380	29	371	23	2802
Thailand	männlich	81	4	3	1	22	5	53	13	166	3	9	2	362
Thailand	weiblich	1421	19	111		34	2	60	13	231	5	13	4	1913
Thailand	unbekannt	9		1				2	1					13
Thailand	Gesamt	1511	23	115	1	56	7	115	27	397	8	22	6	2288

Staatsangehörigkeit	Geschlecht	nach § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Ehegatte) ert	nach § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Kinder) erteilt	nach § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Satz 2 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Eltern	nach § 28 Abs. 4 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen:Sonsige) erteilt, befristet	nach § 30 AufenthG (Ehegattennachzug) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG (Kindesnachzug zu Asylberechtigten) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG (Kindesnachzug im Familienverband) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 2 AufenthG (Kindesnachzug ueber 16 Jahren) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 3 AufenthG (Kindesnachzug unter 16 Jahren) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 4 AufenthG (Kindesnachzug im Haerterfall)erteilt, befristet	nach § 33 AufenthG (Geburt im Bundesgebiet) erteilt, befristet	nach § 36 Abs. 2 AufenthG (sonst. Familienangehoerige) erteilt, befristet	Gesamtergebnis
Kroatien	männlich	159	11	53		226	4	36	15	108	4	285	1	902
Kroatien	weiblich	194	15	105	1	423	3	43	14	114	4	250	13	1179
Kroatien	unbekannt					2				1				3
Kroatien	Gesamt	353	26	158	1	651	7	79	29	223	8	535	14	2084
China	männlich	109	13	14		87	16	60	11	79	2	110	3	504
China	weiblich	566	17	65		500	18	67	12	94	4	87	4	1434
China	unbekannt	2				1		1		1		2		7
China	Gesamt	677	30	79		588	34	128	23	174	6	199	7	1945
Mazedonien	männlich	167	11	57		135	6	48	3	97	13	160	3	700
Mazedonien	weiblich	112	26	131		471	6	45	6	78	10	193	5	1083
Mazedonien	Gesamt	279	37	188		606	12	93	9	175	23	353	8	1783
Nigeria	männlich	261	45	248	1	7		23	3	36	2	31	5	662
Nigeria	weiblich	172	35	156		71	2	16	2	27	3	36	3	523
Nigeria	unbekannt											1		1
Nigeria	Gesamt	433	80	404	1	78	2	39	5	63	5	68	8	1186
Tunesien	männlich	460	16	55		23		9		16	1	41	3	624
Tunesien	weiblich	187	7	46		95	1	8	2	9	1	25	1	382
Tunesien	unbekannt	1												1
Tunesien	Gesamt	648	23	101		118	1	17	2	25	2	66	4	1007
Ghana	männlich	68	11	73		31	2	15	1	26	3	80	5	315
Ghana	weiblich	106	34	257		66	2	16	2	39	6	74	2	604
Ghana	unbekannt											1		1
Ghana	Gesamt	174	45	330		97	4	31	3	65	9	155	7	920
Kamerun	männlich	134	23	92	1	14	3	14	3	21	1	31	8	345
Kamerun	weiblich	108	19	111	1	29	5	13		30	3	33	2	354
Kamerun	unbekannt						1							1
Kamerun	Gesamt	242	42	203	2	43	9	27	3	51	4	64	10	700

Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen, Erteilungsdatum 2006
Datenbankstand 30.04.2007

Staatsangehörigkeit	Geschlecht	nach § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Ehegatte) erteilt, befristet	nach § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Kinder) erteilt, befristet	nach § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Satz 2 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Eltern) erteilt, befristet	nach § 28 Abs. 4 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Sonstige) erteilt, befristet	nach § 30 AufenthG (Ehegattennachzug) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG (Kindsnachzug zu Asylberechtigten) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG (Kindsnachzug im Familienverband) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 2 AufenthG (Kindsnachzug ueber 16 Jahren) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 3 AufenthG (Kindsnachzug unter 16 Jahren) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 4 AufenthG (Kindsnachzug im Haerterfall) erteilt, befristet	nach § 33 AufenthG (Geburt im Bundesgebiet) erteilt, befristet	nach § 36 Abs. 2 AufenthG (sonst. Familienangehoerige) erteilt, befristet	Gesamtergebnis
Türkei	männlich	11848	955	2219	18	6235	1265	1742	591	4782	209	13706	90	43660
Türkei	weiblich	8002	1226	5237	23	24789	1154	1538	508	4280	190	12575	217	59739
Türkei	unbekannt	26	3	1		26	3			6		28		93
Türkei	Gesamt	19876	2184	7457	41	31050	2422	3280	1099	9068	399	26309	307	103492
Serbien und Montenegro	männlich	2056	250	538	4	1334	207	940	208	2483	95	3487	51	11653
Serbien und Montenegro	weiblich	1559	321	1117	4	5753	174	870	195	2349	105	3256	95	15798
Serbien und Montenegro	unbekannt	3				8				3	5	6	1	26
Serbien und Montenegro	Gesamt	3618	571	1655	8	7095	381	1810	403	4835	205	6749	147	27477
Russische Föderation	männlich	6144	593	200	17	157	76	539	93	768	39	478	40	9144
Russische Föderation	weiblich	10346	644	820	31	999	68	528	70	782	50	430	80	14848
Russische Föderation	unbekannt	36	2	2		1		3	1					45
Russische Föderation	Gesamt	16526	1239	1022	48	1157	144	1070	164	1550	89	908	120	24037
Bosnien und Herzegowina	männlich	688	58	207	3	1016	51	323	74	955	63	1644	30	5112
Bosnien und Herzegowina	weiblich	689	79	423	4	2167	65	341	62	882	59	1413	46	6230
Bosnien und Herzegowina	unbekannt	1				6				1	1	6		15
Bosnien und Herzegowina	Gesamt	1378	137	630	7	3189	116	664	136	1838	123	3063	76	11357
Kasachstan	männlich	4086	387	130	17	33	6	125	19	183	5	49	17	5057
Kasachstan	weiblich	4510	399	434	28	70	7	103	22	204	5	32	85	5899
Kasachstan	unbekannt	11												11
Kasachstan	Gesamt	8607	786	564	45	103	13	228	41	387	10	81	102	10967
Vietnam	männlich	301	74	264		752	34	274	46	836	38	1155	35	3809
Vietnam	weiblich	1142	127	1066	2	1217	48	236	61	678	25	1013	21	5636
Vietnam	unbekannt	4		1		5		2	1	4		9		26
Vietnam	Gesamt	1447	201	1331	2	1974	82	512	108	1518	63	2177	56	9471

Anlage 14

Staatsangehörigkeit	Geschlecht	nach § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Ehegatte) erteilt	nach § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Kinder) erteilt	nach § 28 Abs. 1 Satz 3, Satz 2 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Eltern) erteilt	nach § 28 Abs. 4 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Sonstige) erteilt, befristet	nach § 30 AufenthG (Ehegattennachzug) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG (Kindesnachzug zu Asylberechtigten) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG (Kindesnachzug im Familienverband) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 2 AufenthG (Kindesnachzug ueber 16 Jahren) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 3 AufenthG (Kindesnachzug unter 16 Jahren) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 4 AufenthG (Kindesnachzug im Haerterfall) erteilt, befristet	nach § 33 AufenthG (Geburt im Bundesgebiet) erteilt, befristet	nach § 36 Abs. 2 AufenthG (sonst. Familienangehoerige) erteilt, befristet	Gesamtergebnis
Kroatien	männlich	417	43	141	2	717	51	247	34	608	14	1830	19	4123
Kroatien	weiblich	615	71	267	1	1592	49	242	43	548	8	1736	28	5200
Kroatien	unbekannt	1				2						2		5
Kroatien	Gesamt	1033	114	408	3	2311	100	489	77	1156	22	3568	47	9328
Jugoslawien	männlich	1152	105	280	2	579	82	312	70	727	49	925	28	4311
Jugoslawien	weiblich	652	101	441	4	1734	62	291	61	632	47	898	32	4955
Jugoslawien	unbekannt	1		1		3			1	1		3		10
Jugoslawien	Gesamt	1805	206	722	6	2316	144	603	132	1360	96	1826	60	9276
Ukraine	männlich	916	56	35	1	168	32	289	44	526	27	445	12	2551
Ukraine	weiblich	3346	93	352	5	679	29	271	39	464	34	393	29	5734
Ukraine	unbekannt	12		2		2	1	1		3	1	2		24
Ukraine	Gesamt	4274	149	389	6	849	62	561	83	993	62	840	41	8309
Marokko	männlich	2096	66	152	2	183	15	62	28	137	4	370	5	3120
Marokko	weiblich	1964	109	479	2	1050	26	54	17	132	1	321	23	4178
Marokko	unbekannt	9				4						1		14
Marokko	Gesamt	4069	175	631	4	1237	41	116	45	269	5	692	28	7312
Irak	männlich	651	99	269	1	154	591	173	21	376	5	1009	9	3358
Irak	weiblich	605	84	132	3	1033	570	131	23	354	8	965	15	3923
Irak	unbekannt	1				1	2					2		6
Irak	Gesamt	1256	184	401	4	1188	1163	304	44	730	13	1976	24	7287
Serbien	männlich	466	52	117		371	42	255	32	590	13	784	16	2738
Serbien	weiblich	387	60	245		1590	40	227	34	526	10	640	19	3778
Serbien	unbekannt	2				2		1		1		3		9
Serbien	Gesamt	855	112	362		1963	82	483	66	1117	23	1427	35	6525

Staatsangehörigkeit	Geschlecht	nach § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Ehegatte) ert	nach § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Kinder) erteilt	nach § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Satz 2 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Eltern)	nach § 28 Abs. 4 AufenthG (Familiennachzug zu Deutschen: Sonstige) erteilt, befristet	nach § 30 AufenthG (Ehegattennachzug) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG (Kindsnachzug zu Asylberechtigten) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG (Kindsnachzug im Familienverband) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 2 AufenthG (Kindsnachzug ueber 16 Jahren) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 3 AufenthG (Kindsnachzug unter 16 Jahren) erteilt, befristet	nach § 32 Abs. 4 AufenthG (Kindsnachzug im Haerterfall) erteilt, befristet	nach § 33 AufenthG (Geburt im Bundesgebiet) erteilt, befristet	nach § 36 Abs. 2 AufenthG (sonst. Familienangehoerige) erteilt, befristet	Gesamtergebnis
Thailand	männlich	155	18	22	1	51	21	153	40	509	9	25	7	1011
Thailand	weiblich	3843	49	243	7	97	28	223	41	640	7	27	12	5217
Thailand	unbekannt	19	1					2		7				29
Thailand	Gesamt	4017	68	265	8	148	49	378	81	1156	16	52	19	6257
Rumänien	männlich	533	49	37		145	24	181	42	317	12	164	16	1520
Rumänien	weiblich	2867	69	301	9	534	26	152	43	339	10	132	34	4516
Rumänien	unbekannt	10		1	1			1		1				14
Rumänien	Gesamt	3410	118	339	10	679	50	334	85	657	22	296	50	6050
Mazedonien	männlich	459	37	143	1	436	18	152	37	272	35	580	9	2179
Mazedonien	weiblich	334	54	395	1	1638	31	155	18	232	26	575	12	3471
Mazedonien	unbekannt			1		3		1		2		1		8
Mazedonien	Gesamt	793	91	539	2	2077	49	308	55	506	61	1156	21	5658
Nigeria	männlich	649	87	531	1	18	11	46	8	63	4	69	7	1494
Nigeria	weiblich	403	80	314		166	8	32	6	63	10	60	6	1148
Nigeria	unbekannt	1		1										2
Nigeria	Gesamt	1053	168	845	1	184	19	78	14	126	14	129	13	2644
Tunesien	männlich	1139	34	78	1	40	10	32		51	1	110	2	1498
Tunesien	weiblich	585	21	81	2	251	3	20	5	36	1	97	7	1109
Tunesien	unbekannt	3				1						1		5
Tunesien	Gesamt	1727	55	159	3	292	13	52	5	87	2	208	9	2612
Ghana	männlich	203	73	186	1	98	11	42	7	86	19	167	6	899
Ghana	weiblich	303	100	626	3	182	8	31	5	83	12	173	7	1533
Ghana	unbekannt	2	1				1			1				5
Ghana	Gesamt	508	174	812	4	280	20	73	12	170	31	340	13	2437
Kamerun	männlich	371	35	155		26	8	28	2	57	7	77	8	774
Kamerun	weiblich	266	51	250	1	74	6	30	4	48	6	67	6	809
Kamerun	unbekannt	1										1		2
Kamerun	Gesamt	638	86	405	1	100	14	58	6	105	13	145	14	1585

Klagen auf Familienzusammenführung

1999	940 davon	226 Klage abgewiesen 362 Klage ohne Visumserteilung zurückgenommen 250 Vergleich mit Visumserteilung 25 Klaglosstellung nach (ggf. zwischenzeitlich entstandenem) Anspruch 12 Stattgaben	
		Differenz: Verfahren auf sonstige Art ohne Visumserteilung erledigt (z.B. Weglegen nach Aktenordnung o.ä.)	
2000	1262 davon	363 Klage abgewiesen 336 Klage ohne Visumserteilung zurückgenommen 360 Vergleich mit Visumserteilung 42 Klaglosstellung nach (ggf. zwischenzeitlich entstandenem) Anspruch 28 Stattgaben	Summe
		Differenz: Verfahren auf sonstige Art ohne Visumserteilung erledigt (z.B. Weglegen nach Aktenordnung o.ä.)	
2001	1041 davon	350 Klage abgewiesen 295 Klage ohne Visumserteilung zurückgenommen 231 Vergleich mit Visumserteilung 20 Klaglosstellung nach (ggf. zwischenzeitlich entstandenem) Anspruch 21 Stattgaben	
		Differenz: Verfahren auf sonstige Art ohne Visumserteilung erledigt (z.B. Weglegen nach Aktenordnung o.ä.)	
2002	1429 davon	542 Klage abgewiesen 381 Klage ohne Visumserteilung zurückgenommen 274 Vergleich mit Visumserteilung 24 Klaglosstellung nach (ggf. zwischenzeitlich entstandenem) Anspruch 24 Stattgaben	
		Differenz: Verfahren auf sonstige Art ohne Visumserteilung erledigt (z.B. Weglegen nach Aktenordnung o.ä.)	
2003	1622 davon	484 Klage abgewiesen 540 Klage ohne Visumserteilung zurückgenommen	

366 Vergleich mit Visumserteilung
26 Klaglosstellung nach (ggf. zwischenzeitlich entstandenem) Anspruch
58 Stattgaben

Differenz: Verfahren noch offen oder
auf sonstige Art ohne Visumserteilung erledigt (z.B. Weglegen nach Aktenordnung o.ä.)

2004 1843 davon

422 Klage abgewiesen
473 Klage ohne Visumserteilung zurückgenommen
504 Vergleich mit Visumserteilung
76 Klaglosstellung nach (ggf. zwischenzeitlich entstandenem) Anspruch
30 Stattgaben

Differenz: Verfahren noch offen oder
auf sonstige Art ohne Visumserteilung erledigt (z.B. Weglegen nach Aktenordnung o.ä.)

2005 1478 davon

386 Klage abgewiesen
341 Klage ohne Visumserteilung zurückgenommen
350 Vergleich mit Visumserteilung
106 Klaglosstellung nach (ggf. zwischenzeitlich entstandenem) Anspruch
27 Stattgaben

Differenz: Verfahren noch offen oder
auf sonstige Art ohne Visumserteilung erledigt (z.B. Weglegen nach Aktenordnung o.ä.)

2006 1521 davon

197 Klage abgewiesen
259 Klage ohne Visumserteilung zurückgenommen
209 Vergleich mit Visumserteilung
70 Klaglosstellung nach (ggf. zwischenzeitlich entstandenem) Anspruch
8 Stattgaben

Differenz: Verfahren noch offen oder
auf sonstige Art ohne Visumserteilung erledigt (z.B. Weglegen nach Aktenordnung o.ä.)

Anlage 16

Aufenthaltserlaubnis - § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 AufenthG / § 30 AufenthG
 Stand 31.12.2006 - aufhaltige Ausländer mit Einreise in 2006
 Quelle: AZR

Staatsangehörigkeit	gesamt																													
	unter 18 Jahre				18 bis unter 21 Jahre				ab 21 Jahre																					
	AE nach §28 I S 1 Nr.1 (Ehegatte eines Deutschen)		AE nach §30 (Ehegatte eines Ausländers)		AE nach §28 I S 1 Nr.1 (Ehegatte eines Deutschen)		AE nach §30 (Ehegatte eines Ausländers)		AE nach §28 I S 1 Nr.1 (Ehegatte eines Deutschen)		AE nach §30 (Ehegatte eines Ausländers)																			
m	w	unbe- kann	gesamt	m	w	unbe- kann	gesamt	m	w	unbe- kann	gesamt	m	w	unbe- kann	gesamt															
Gesamt	10165	16878	144	27187	3023	12517	68	15605	9	126	4	13635	167	2	20432	1460	10	1802	101	1322	5	14288	24	13291	133	25248	2887	11028	58	13973
												gesamt unter 18 Jahre				gesamt über 18 Jahre														
												m	w	unbekannt	gesamt	m	w	unbekannt	gesamt	m	w	unbekannt	gesamt							
												44	293	3	340	13144	29101	206	42451											